

Erhebungsbogen zum P-Konto mit Informationen für die Ratsuchenden und zur

Verfahrensdokumentation

Ich bin Inhaber eines Pfändungsschutzkontos. Ich erhalte daher trotz Kontopfändung aus meinem Guthaben einen **Sockelbetrag in Höhe von 1.410,-€ (Stand 02/2024) je Kalendermonat** ohne weitere Nachweise von der Bank ausgezahlt. Ich möchte allerdings über weitere Beträge verfügen und beantrage daher hiermit die Ausstellung einer **Bescheinigung zur Freigabe der Aufstockungsbeträge**.

Kontoinhaber

Name, Anschrift: _____

_____ Geburtsdatum:

Ich bin folgenden Personen kraft Gesetzes zum Unterhalt verpflichtet:

	Name, Vorname, Geburtsdatum	Verwandtschafts- verhältnis	wohnt mit mir im selben Haushalt	Erhält von mir Unterhalt i.H.v. __€ monatlich	Ich erhalte für diese Person Kindergeld i.H.v. monatlich __€
1			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		
2			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		
3			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		
4			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		
5			ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>		

für die Personen mit den Nummern _____ / für folgende Personen: _____
nehme ich als Vertreter der Bedarfsgemeinschaft Geldleistungen nach dem SGB II („Hartz-4-Leistungen“), dem SGB XII (Sozialhilfe) oder Asylbewerberleistungsgesetz auf dem Pfändungsschutzkonto entgegen.

ich erhalte Leistungen, die einen durch **Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand** ausgleichen (z.B. Schwerstbeschädigtenzulage, Blindengeld oder Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen) oder **Stiftungsgelder** (z.B. Stiftung Mutter und Kind) oder sonstige unpfändbare Leistungen in folgender Höhe: _____ €

Ich erhalte andere **Geldleistungen für Kinder** (Kinderzuschlag oder vergleichbare Rentenbestandteile) (§§ 48, 54 SGB I)

ich erwarte den Eingang einer **einmaligen Sozialleistung** auf meinem Konto für z.B. Kosten von Klassenfahrten, Erstausrüstung bei Geburt und nach Haftentlassung, Darlehen/Beihilfen nach SGB II und SGB XII _____ in voraussichtlich folgender Höhe: _____ €

ich erwarte den Eingang einer **Nachzahlung** aus dem Bereich SGB II, SGB XII, AsylBLG, Kindergeld auf meinem Konto für den Zeitraum _____ in voraussichtlich folgender Höhe: _____ €

ich erwarte den Eingang einer **Nachzahlung** aus dem Bereich Arbeitslohn; Arbeitslosengeld (SGB III), Rentennachzahlung (SGB VII) **von bis zu 500,- EURO** auf meinem Konto für den Zeitraum _____

Ich lege hierzu folgende Belege vor:

Nachweis für Unterhaltspflicht gegenüber:	Nachweis durch folgende Unterlagen:	<input type="checkbox"/>
dem Ehepartner / eingetragenen Lebenspartner, der mit mir zusammenlebt	(Heiratsurkunde und ggf. Wohnsitz z.B. gem. Personalausweis)	<input type="checkbox"/>
dem getrenntlebenden Ehepartner / eingetragenen Lebenspartner	Nachweis der Zahlung – Überweisungsbelege, Quittungen bzw. Kontoauszüge aus den letzten 6 Monaten	<input type="checkbox"/>
dem geschiedenen Partner	Scheidungsurteil / sonstiger Unterhaltstitel und Überweisungsbelege, Quittungen bzw. Kontoauszüge aus den letzten 6 Monaten	<input type="checkbox"/>
den leiblichen Kindern im Haushalt	Aktuelles Dokument, das die Existenz der Kinder nachweist (Geburtsurkunde, ggf. Personalausweis, Schulunterlagen, Immatrikulationsbescheinigung)	<input type="checkbox"/>
den leiblichen <i>minderjährigen</i> Kindern außerhalb des Haushalts	Überweisungsbelege, Quittungen bzw. Kontoauszüge aus den letzten 6 Monaten (Barunterhalt)	<input type="checkbox"/>
den leiblichen <i>volljährigen</i> Kindern außerhalb des Haushalts	BAFöG-Bescheid o.ä.; Überweisungsbelege, Quittungen bzw. Kontoauszüge aus den letzten 6 Monaten (Barunterhalt)	<input type="checkbox"/>
Nachweis für folgende Leistungen:	Nachweis durch folgende Unterlagen:	
Kindergeld / Leistungen für Kinder	Aktueller Kontoauszug	<input type="checkbox"/>
Leistungen zu Gunsten weiterer Personen in der Bedarfsgemeinschaft	Bewilligungsbescheid des JobCenters / der ARGE / des Sozialamts nach dem SGB II oder XII, aus dem der Leistungsbezug für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft hervorgeht	<input type="checkbox"/>
Leistungen, die einen durch Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand ausgleichen oder Stiftungsgelder	Bewilligungsbescheid + Kontoauszug mit dem Eingang der Leistung(en)	<input type="checkbox"/>
Andere Geldleistungen für Kinder (Kinderzuschlag und vergleichbare Rentenbestandteile)	Bewilligungsbescheid/Kontoauszug	<input type="checkbox"/>
Bevorstehender Eingang einmaliger Sozialleistungen auf dem P-Konto	Bewilligungsbescheid betr. die einmalige Sozialleistung; Kontoauszug mit Geldeingang	<input type="checkbox"/>
Nachzahlung von Leistungen	Bewilligungsbescheid betr. die Nachzahlungen; Kontoauszug mit Geldeingang	<input type="checkbox"/>

Ich bin darüber belehrt worden, dass

- mir die Beratungsstelle aufgrund gesetzlicher Vorgaben nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigen kann,
- aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die pfändungsfreien Beträge nicht in vollem Umfang bescheinigt werden können (z.B. weil Pfändungstabelle höheren Freibetrag ermöglicht; z.B. bei „besonderen persönlichen oder beruflichen Bedürfnissen“ wie krankheitsbedingtem Mehraufwand, Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, hohen Kinderbetreuungskosten oder Pendlerkosten),
- eine Freigabe über den vollen Umfang der unpfändbaren Beträge in diesen Fällen nur erfolgen kann durch das Vollstreckungsgericht bzw. bei öffentlichen Gläubigern durch die Stelle, die die Pfändungsverfügung erlassen hat,
- und pro Person nur ein Pfändungsschutzkonto geführt werden darf.

Ich willige ein in die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung meiner Daten. Ich willige ein in die zur Freigabe von erhöhten Beträgen auf dem P-Konto erforderliche Weitergabe der von mir angegebenen Daten. Ich versichere, alle Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen gemacht zu haben. Mir ist bekannt, dass die bewusste Vorlage einer unrichtigen Bescheinigung bei der Bank strafrechtliche Konsequenzen sowie eventuell zusätzlich den Verlust des Pfändungsschutzes nach sich ziehen kann.

Limburg, _____

Datum, Unterschrift



Aufklärung vor Beantragung einer Bescheinigung für das P-Konto

Name, Vorname _____

Geburtsdatum: _____

Ich habe eine Bescheinigung gem. §902 ff ZPO bei der Schuldnerberatungsstelle für mein

Konto Nr. / IBAN _____

bei der _____ (Bankleitzahl, Bank) beantragt.

Ich habe die Angaben geprüft und für richtig erklärt.

Ich wurde darüber informiert, dass

1. die Beratungsstelle mir nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigen kann.
2. fehlende Unterhaltspflichten zu einem geringeren Freibetrag auf der Bescheinigung führen. Ich habe deshalb alle Personen angegeben, denen ich Unterhalt leiste oder verpflichtet bin, Unterhalt zu leisten. Falls Kindergeld auf mein P-Konto geht, habe ich dies mitgeteilt und nachgewiesen.
3. ich beim Vollstreckungsgericht / vollstreckende Behörde Anträge gem. §905 ZPO stellen kann. Dies empfiehlt sich bei einmaligem oder dauerhaftem Einkommen über der Pfändungsgrenze.
4. es theoretisch dazu kommen kann, dass in einzelnen Monaten mein Einkommen trotz Unpfändbarkeit den bescheinigten Freibetrag übersteigt. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn ich zusätzlich zu meinen laufenden Leistungen noch Nachzahlungen oder einmalige Zahlungen bekomme. Bei Einmalzahlungen sollte der Leistungsnachweis für die Bank ausreichen. Sollte die Bank die Auszahlung verweigern weiß ich, dass ich mich an die Schuldnerberatungsstelle wenden kann.
5. ich (nach §907 ZPO) bei überwiegend unpfändbarem Einkommen die Anordnung künftiger Unpfändbarkeit für mein Konto beim Amtsgericht beantragen kann. Diese Kontofreigabe gilt max. für 12 Monate und kann bei Bedarf danach erneut beantragt werden. Während dieser Zeit ist das Konto gegenüber allen Gläubigern freigegeben.
6. ich nur ein einziges Pfändungsschutzkonto führen darf. Selbstverständlich darf mein Ehegatte auch ein Pfändungsschutzkonto führen.
7. der Antrag und die erforderlichen Nachweise für die Bescheinigung erfasst, verarbeitet und gespeichert werden. Die Information, dass ich ein P-Konto führe wird im Falle des aktuellen ALGII-Leistungsbezuges von mir an die Leistungsabteilung weitergegeben.
8. Ich versichere, dass ich alle Angaben wahrheitsgemäß, vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Sollten sich im Nachhinein andere (mich besserstellende) Verhältnisse herausstellen, so vereinbare ich hier bereits einen Haftungsausschluss gegenüber der bescheinigenden Stelle. Ich wurde ausdrücklich befragt. Mir ist bekannt, dass bei vorsätzlichen falschen Angaben meinerseits unter Umständen strafrechtliche Konsequenzen drohen sowie eventuell ein Verlust des Pfändungsschutzes.

Limburg _____

Datum, Unterschrift

Einwilligungserklärung nach Art. 7 DSGVO zur Datenerhebung, -speicherung, -nutzung und -verarbeitung

Hiermit willige ich, _____, (vollständiger Name)

geboren am _____ ein, dass meine Daten bei

der Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle nach §305 Abs. 1 Nr. 1 InsO zu meiner persönlichen und familiären Situation, zu meinem Haushalt, zur Einkommens-, Vermögens- und Schuldsituation sowie zum Stand der Beratung erhoben, gespeichert, genutzt und verarbeitet werden.

Die Einwilligung beschränkt sich auf die Daten, die erforderlich sind zur Durchführung der Beratung in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit meiner Verschuldung stehen, insbesondere zur Durchführung von Schuldenbereinigungen, außergerichtlichen Vergleichen sowie dem Verbraucherinsolvenzverfahren (gemäß Art. 6 DSGVO).

Ich willige zudem in die Archivierung dieser Daten ein, solange dies zum Zweck der Durchführung der Beratung, der Begleitung im weiteren Verfahren und der statistischen Auswertung erforderlich ist. Ich wurde darauf hingewiesen, dass die Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, die Akten über meinen Beratungsfall nach Abschluss oder Abbruch 5 Jahre und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens 10 Jahre aufbewahren wird.

Ich habe in Absprache mit der Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, bzw. der zuständigen Beratungsfachkraft die Möglichkeit Einblick in meine personenbezogenen Daten innerhalb der Räume der Beratungsstelle zu nehmen. Bei Fehlerhaftigkeit erfolgt eine Korrektur.

Ich erkläre, dass meine Einwilligung freiwillig und ohne Zwang erfolgt.

Diese Einverständniserklärung kann ich gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber der Beratungsstelle schriftlich widerrufen.

Die Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH gewährleistet jederzeit die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz gemäß der Datenschutz-Grundverordnung.

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____



Einwilligungserklärung zum Austausch per E-Mail

Beratungsstelle: Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH

Zuständige Beratungsfachkraft: Je nach Stufe der Beratung wechselnd, aber klar definiert.

Ich, _____, (vollständiger Name)

willige darin ein, dass der Kontakt, der Informationsaustausch (Fragen, Antworten, Terminvereinbarungen, Sachstand etc.), Unterlagen als Mailanhang meinerseits und von Seiten der mit meiner Beratungsfachkraft bzw. deren Vertretung über meine E-Mail-Adresse

ausgetauscht werden dürfen.

Ich habe dafür Sorge zu tragen, dass der Beratungsstelle bzw. meiner zuständigen Beratungsfachkraft jederzeit meine aktuelle E-Mail-Adresse zur Verfügung steht. Mir ist bewusst, dass es sich um keine gesicherte Verbindung und somit Datenübertragung handelt. Diese Einwilligung kann ich jederzeit ohne Angaben von Gründen schriftlich widerrufen.

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____